

(Trinius (SPD))

(A) und Demokratie, soziale Gerechtigkeit und internationale Völkerverständigung!

Aber lassen Sie mich den Blick auch darauf richten: Ich habe sehr viel Verständnis dafür, wenn ein Arbeitsloser in der Bundesrepublik, der schon ein Jahr vergeblich nach Arbeit sucht, fragt: Wird denn für mich die Lage am Arbeitsmarkt nicht schwieriger, wenn immer mehr junge Menschen, gut ausgebildet, hierherkommen?

Ich habe Verständnis dafür, wenn Wohnungssuchende, die vergeblich nach Wohnungen gesucht haben, sagen: Wird für mich die Situation nicht schwieriger, wenn jetzt so viele Menschen herüberkommen?

Aber ich habe kein Verständnis dafür, wenn die Wohlhabenden und mit Steuerentlastungen reich Beschenkten sagen: Dies kann die Bundesrepublik nicht aushalten. - Sie kann, wenn sie will!

(Zustimmung bei der SPD)

Und dann wird in Wirklichkeit ein anderes Problem offenkundig. Die Menschen in der DDR wollen, brauchen und erstreben Freiheit und Demokratie. Lautet die Rückfrage an uns nicht: Haben wir es in den letzten sieben Jahren in der Bundesrepublik an der notwendigen Solidarität fehlen lassen - an der notwendigen Solidarität mit den Arbeitslosen? 700 000 Menschen, die länger als ein Jahr vergeblich nach Arbeit suchen! Kann eine Gesellschaft das dulden und zulassen oder gedankenlos daran vorbeigehen? Darf sie es, ohne Freiheit und Demokratie zu gefährden? Ich meine, sie darf es nicht. Sie gefährdet dabei die sozialen Grundlagen von Demokratie und Freiheit.

Das gleiche gilt für die Wohnungssuchenden. Wer da nicht rechtzeitig Vorsorge trifft, der gefährdet entscheidende soziale Grundlagen für Demokratie und Freiheit; denn auch die Demokratie ist stärker, wenn ihre Grundlage die soziale Verträglichkeit, der soziale Frieden ist.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb bitte ich alle, die Freiheit und Demokratie und Rechtsstaatlichkeit hochhalten - darin unterscheiden wir uns ja nicht -, die notwendige Solidarität mit denen, die unsere Solidarität brauchen, nicht zu vergessen. Wir brauchen eine freie, eine demokratische, aber auch solidarische Gesellschaft. Herzlichen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter. - Damit sind die Schwerpunktthemen und die am Einzelplan 02 orientierte Debatte abgeschlossen. (C)

Wir kommen zur Beratung des Einzelplans 02. - Wortmeldungen dazu liegen nicht vor. Damit haben wir auch die Beratungen zum Einzelplan 02 in zweiter Lesung abgeschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Zunächst stimmen wir über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 10/4980 ab; Stichwort: "Förderung des Wohnungsbaus". Dieser Änderungsantrag berührt alle Einzelpläne, ist aber als Gesamtpaket zu behandeln, und daher wird hier beim Einzelplan 02 über ihn abgestimmt. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich ums Handzeichen. - Danke schön. Die Gegenprobe! - Danke schön. Enthaltungen? - Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Ich lasse nun abstimmen über den Einzelplan 02: Ministerpräsident und Staatskanzlei.

Wer dem Einzelplan 02 entsprechend der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses - Ihnen vorliegend mit den Drucksachen 10/4902 und 10/4975 - zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Danke schön! Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Entwurf des Einzelplans 02 in zweiter Lesung angenommen. (D)

Ich rufe nun auf:

2. Stellenpläne

Für die Fraktion der CDU erteile ich Herrn Abg. Dautzenberg das Wort.

Dautzenberg (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch beim Personaletat und den Stellenplänen 1990 zeigt sich eine große Diskrepanz zwischen Anspruch der Landesregierung und Wirklichkeit; eine große Diskrepanz vor allen Dingen auch hinsichtlich all der Zusicherungen, die vom Ministerpräsidenten damals bei der Umsetzung des Tarifvertrages gemacht worden sind.

Wir haben bereits 1989 festgestellt, daß die gesamte Stellenplansituation eine Mogelpackung der Landesregierung darstellt. Dies kann man für den Personaletat und damit für die Stellenpläne 1990 wiederum feststellen. Ich will dies begründen.

In der Vorlage 10/2515 des Finanzministers ist, was das Personal angeht, wiederum der

(Dautzenberg (CDU))

- (A) Versuch gemacht worden, haushaltsrechtlich und finanzwirtschaftlich nicht relevante Begriffe einzubringen. Da ist die Rede von "Beschäftigungsmöglichkeiten", von "Arbeitsverhältnissen" und davon, daß soundso viele neue Stellen geschaffen worden seien. Das sind im Haushaltssinne alles unsaubere Begriffe, denn sie geben nicht wieder, was sich im Stellenplan des Landes Nordrhein-Westfalen tatsächlich vollzieht.

Dies gilt auch für die Vorlage 10/2515. Unter der Überschrift "Neue Stellen im Haushaltsentwurf 1990" spricht der Finanzminister davon, daß 3 747 neue Arbeitsplätze geschaffen und weitere 5 347 Arbeitsplätze gesichert werden. Daß all dies damit zusammenhängt, daß kw-Vermerke aufgrund neuer Bedarfe gestrichen worden sind, ist vollkommen klar. Jeder Bürger draußen versteht unter "neuen Arbeitsplätzen" aber, daß auch dementsprechend neue Stellen geschaffen werden.

Schauen wir uns die tatsächlichen Zahlen einmal an! Im Gesamtpersonaletat hatten wir im Entwurf des Haushalts 1990 gegenüber 1989 ein Stellensoll von minus 543, durch die Ergänzungen der Landesregierung zum Haushalt 1990 haben wir jetzt gegenüber dem Haushalt 1989 plus 296 Stellen saldiert. Das, meine Damen und Herren, ist die tatsächliche Zahl der neugeschaffenen Stellen.

- (B) Ich darf die Zahlen von 1989 vor Augen führen! Rund 10 000 "Beschäftigungsverhältnisse" seien zusätzlich geschaffen worden. Das war aufgrund all der Umschichtungen, die sich vollzogen haben, eine gegriffene Größe, um die rechnerische Belegung der Umsetzung der Tarifverträge für 1989 in etwa darzustellen. Es hätte sich die rechnerische Größe von rund 8 000 zusätzlichen Stellen ergeben. Tatsächlich sind 1990 knapp 2 000 neue Stellen im Lehrerbereich ausgewiesen worden. Dies verrechnet sich aber mit rund 3 000 Stellenabgängen, so daß insgesamt ein Plus von 296 Stellen zustande kommt.

Mit den von der Landesregierung verwandten Begriffen soll der Öffentlichkeit vorgegaukelt werden, daß sich im Stellenplan des Landes etwas vollzieht, was einer konkreten Nachprüfung aber nicht standhält. Was wir tatsächlich haben, ist eine Stellenausweitung in verschiedenen Ressorts. Herr Kollege Pohl hat zu der enormen Stellenausweitung in der Staatskanzlei der letzten Jahre schon Stellung bezogen. Im Jahr 1989 ist mit der Gründung einer neuen Abteilung für Wirtschafts- und Strukturpolitik in der Staatskanzlei eine Selbstbedienung betrieben worden, wie sie sich in der Geschichte des Landes Nordrhein-Westfalen nicht wiederfindet. Durch die Einrichtung eines neuen Referats für

(C) Wirtschafts- und Strukturpolitik auch beim Finanzminister haben wir im Einzelplan 12 eine weitere Stellenvermehrung. Ich frage mich: Wofür haben wir eigentlich unseren Landwirtschaftsminister noch, wenn nun in neuen Referaten sowohl beim Finanzminister als auch in der Staatskanzlei die Wirtschafts- und Strukturpolitik des Landes Nordrhein-Westfalen gestaltet werden soll? Entsprechend müßte die Verlagerung der Sachmittel von Einzelplan 08 nach Einzelplan 02 und 12 erfolgen.

Lassen Sie mich nun zu einzelnen Punkten des Haushaltsentwurfs 1990 und der Ergänzungen der Landesregierung kommen, zunächst zum Haushaltsgesetz.

Ein wichtiger Punkt aus dem Jahr 1989 ist in Teilelementen noch immer enthalten: Nach § 7 des Haushaltsgesetzes 1989 galt noch die sogenannte Besetzungssperre. Meine Damen und Herren, die Öffentlichkeit hat die Aussage des SPD-Fraktionsvorsitzenden Farthmann im Frühjahr dieses Jahres, daß die Besetzungssperre fallen soll, so verstanden, daß die beiden Elemente der Besetzungssperre als eine Einheit galten. Diese Hoffnungen trogen, weil im Haushaltsgesetz die Beförderungssperre als ein Element der Wirkungen der Besetzungssperre immer noch vorhanden, durch die Hintertür wiederum eingeführt und zusätzlich durch die Versagung des Nachzugs für Beförderungen belastet worden ist.

(D) Welche Glaubwürdigkeit haben Politiker, wenn sie gegenüber den Verbänden sagen, sie seien bereit, die Beförderungssperre zu streichen, dies aber dann nicht in aller Konsequenz verwirklichen?

Die Besetzungssperre wirkte in der Vergangenheit bekanntlich zweifach: einmal als Besetzungssperre für freie Stellen, aber auch als Beförderungssperre für freiwerdende Stellen. Wenn man dann die Hoffnung weckt, die Besetzungssperre zu streichen, dann wäre es auch konsequent gewesen - das haben wir als CDU-Fraktion seit Jahren gefordert -, man hätte ihre beiden Wirksamkeiten gestrichen. Was passiert aber? Die Beförderungssperre mit dem Verbot des Nachzugs ist im Haushaltsgesetz wiederum enthalten und im Haushalts- und Finanzausschuß in zweiter Lesung durch die Mehrheit der SPD-Fraktion auch beschlossen worden.

Die Beförderungssperre wirkt vor allen Dingen sehr restriktiv in den sogenannten Einheitslaufbahnen beispielsweise bei der Polizei. Hier spielt auch das Verbot des Nachzugs eine besondere Rolle, das Beförderungsmöglichkeiten verringert. In Bewirtschaftungs-

(Dautzenberg (CDU))

- (A) erlassen ist sehr schwierig abzufassen, wie sich das Verbot des Nachzugs bei einer ressortübergreifenden Versetzung auswirken wird. Im Grunde müßte derjenige, der abgibt, zunächst einmal bei der Stelle, zu der er versetzt wird, nachfragen, ob es sich bei dieser Versetzung um Nachzug handelt, mit der Folge, daß etwa bei einer Versetzung von einem Finanzamt zum Justizministerium fünf oder sechs Stellen eingeschaltet werden müssen, um die Frage des Verbots des Nachzugs und damit die Frage zu klären, ob diese Frau oder dieser Mann in Verbindung mit der Versetzung überhaupt befördert werden darf.

Meine Damen und Herren, ein zweiter wichtiger Schwerpunkt im Haushaltsgesetz liegt für die CDU-Fraktion bei der Streichung des sogenannten Phasenbeschlusses, bei der sogenannten Phasenverschiebung, bei der mit einer dreijährigen Verzögerung Beförderungen und damit auch Schlüsselungen der Stellen praktiziert werden sollen. Wir sind dafür, daß auch dieser Phasenbeschluß fällt. Das würde dazu führen, daß die Beförderungsmöglichkeiten gerade auch bei Einheitslaufbahnen wie bei der Polizei besser ausgeschöpft werden könnten, was zusätzlich einen Motivationschub bei der Polizei brächte.

Einen weiteren Schwerpunkt sieht die CDU-Fraktion bei der inneren Sicherheit, Einzelplan 03. Wir haben beantragt, die Zahl der Anwärter für die Schutzpolizei A 6 um 900 zu erhöhen. Die SPD-Fraktion hat 50 Anwärter zusätzlich und die damit verbundenen Einstellungsermächtigungen beantragt. Da muß ich natürlich fragen, was mehr ist, 50 oder 900.

(B)

Heute habe ich in der Zeitung gelesen, daß der Innenminister gemeinsam mit dem Justizminister und dem Sozialminister bis 1993 ein Konzept zur verstärkten Drogenbekämpfung entwickeln will. Vor diesem Hintergrund frage ich mich: Wie wollen Sie bei der Einheitslaufbahn 1993/94 die Polizeibeamten mehr haben, die Sie dann in Einsatz bringen müssen, wenn Sie jetzt nicht den notwendigen Nachersatz für diesen Bereich schaffen?

Was ist Faktum? Die Zahl der Einstellungsermächtigungen für Anwärter wird sogar, wenn ich die Zahlen richtig im Kopf habe, von knapp 1 600 auf knapp 1 100 gesenkt. Also wird das, was zukünftig an Verbrechensbekämpfung, an Kriminalitätsbekämpfung zu leisten ist, durch eine Senkung der Zahl der Einstellungsermächtigungen im Haushalt des Innenministers dokumentiert. Das ist kein wirksamer Beitrag zur Kriminalitätsbekämpfung und insbesondere auch nicht zur Drogenbekämpfung.

- (C) Weiterhin ist es kein Beitrag zur Kriminalitätsbekämpfung, wenn man sich damit hilft, die Einsatzfähigkeit der Polizei mit zusätzlichen Angestelltenstellen zu verbessern, diese aber in 1993 kw stellt, also künftig wegfallen lassen will. Wenn die Polizeivollzugsbeamten von Verwaltungsaufgaben, von Schreibaufgaben entlastet werden sollen, kann man diese Angestelltenstellen künftig nicht einsparen, weil sich dann die Vollzugsbeamten wieder an die Schreibmaschine setzen müssen. Einem vernünftigen Konzept hätte es entsprochen, Herr Innenminister, Sie hätten die Angestelltenstellen eingerichtet, ohne sie mit kw-Vermerken zu versehen, um der Aufgabenstellung besser gerecht zu werden.

Ein Problem, das die Landesregierung selber nicht zu klären imstande war, haben wir in der Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" einvernehmlich gelöst. Dabei geht es um die Stellenplansituation bei der oberen Schulaufsicht. Alle Fraktionen gemeinsam sind dieses Problem angegangen, weil der Kultusminister und vor allem der Innenminister nicht in der Lage waren, die Schwierigkeiten auszuräumen. Hier hat sich einmal die Gemeinsamkeit der Parlamentarier ausgezahlt, dieses Problem nicht weiter auf die lange Bank zu schieben.

- (D) Enttäuscht bin ich über die Regelung der Frage der Religionslehrer, meine Damen und Herren, die bisher über sogenannte Haushaltsvermerke im Einzelplan 05 ausnahmsweise eingestellt werden können. Um das Problem der Umwandlung von unbefristeten Teilzeitverträgen in Vollverträge zu lösen, wären in diesem Bereich 170 Stellen mehr erforderlich gewesen. Die Gesamtzahl der Einstellungsermächtigungen für Lehrer liegt bei knapp 2 000 Stellen. Deshalb muß ich fragen: Ist es bei einer solchen Zahl nicht möglich, das schon lange bestehende Problem der Teilzeitbeschäftigung von Religionslehrern zu lösen? Wir als CDU-Fraktion haben einen Lösungsansatz verfolgt. Die F.D.P.-Fraktion hat diesen Ansatz mit unterstützt, nämlich die Veränderung der Haushaltsvermerke und damit eine Aufstockung auf knapp 450 Stellen für die einzelnen Schulkapitel. Mit Mehrheit der SPD-Fraktion ist dies abgelehnt worden.

Die SPD-Fraktion sieht sich nur imstande, über das Haushaltsgesetz mit einer Tranche von 60 zusätzlichen Stellen dieses Problem zu lösen. Und da frage ich Sie, Herr Dammeyer: Ist Ihnen da die ideologische Durchsetzung der Gesamtschule mit über 250 zusätzlichen Stellen wichtiger als die im Grunde notwendige Versorgung unserer Schulen mit dem Fach Religion?

Das halte ich, Herr Kultusminister, für einen unhaltbaren Zustand. Wenn wir immer beklä-

(Dautzenberg (CDU))

- (A) gen, daß an das Wertebewußtsein unserer Gesellschaft wiederum neu zu appellieren ist und wir neues Bewußtsein für Werte schaffen müssen, dann geben Sie zumindest auch den Schülern Gelegenheit, daß sie den Religionsunterricht bekommen, der ihnen zusteht.

(Minister Schwier: Herr Kollege, hier vermengen Sie Äpfel mit Kieselsteinen!)

Damit wäre auch die Aufstockung dieser Stellen in der Höhe erforderlich gewesen.

(Frey (SPD): Keine Ahnung!)

- Ich weiß, Herr Frey, Sie haben den großen Überblick. Von daher haben Sie ja auch hier mehr Ideologie durchgesetzt, als eine notwendige Aufgabenerfüllung für das Land vorzunehmen. Auf der Ebene bin ich nicht bereit, mich mit Ihnen zu unterhalten.

(Zustimmung bei der CDU - Zuruf von der CDU: Sehr gut! - Frey (SPD): Das ist aber schlecht! Da verpassen Sie aber etwas!)

- Damit überschätzen Sie sich aber selber, wenn ich da etwas verpassen sollte.

Wenn ich einen positiven Ansatz innerhalb der Personalberatungen sehe, so ist dies der, daß es eine neue Arbeitsgruppe beim Finanzminister gibt, die sich der Aufgabenkritik in der Landesverwaltung stellt. Es ist auch immer unsere

- (B) Forderung gewesen, mit einem aufgabenkritischen Ansatz wirklich Bestandsaufnahme zu machen und die Aufgabenerfüllung nach gewissen Prioritäten festzulegen. - Wenn ich sehe, wie das Problem der Religionslehrer hier mehrheitlich gelöst worden ist, so kann ich nicht davon ausgehen, daß das nach aufgabenkritischen Gesichtspunkten als Beispiel gesehen worden ist. - Ich sehe einen positiven Ansatz darin, daß diese Gruppe besteht. Wichtig ist, daß diese Gruppe auch mit der notwendigen Wertigkeit der Stellen ausgestaltet wird, um damit auch das erforderliche Pendant für die Ressorts zu bilden, die es aufgabenkritisch zu untersuchen gilt.

Meine Damen und Herren, auch im Haushalt und damit im Stellenplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Jahr 1990 klaffen Anspruch und Wirklichkeit weit auseinander.

(Vereinzelte Zustimmung bei der CDU)

Wir als CDU-Fraktion wären bereit gewesen, unter aufgabenkritischen Gesichtspunkten hier Stelleneinrichtungen, Stellenverlagerungen wahrzunehmen. Aber wenn sich die SPD aus

ideologischen Gründen in manchen Bereichen versagt hat, so ist das wiederum ein Weniger an zielgerichteter Aufgabenerfüllung im Lande Nordrhein-Westfalen. (C)

(Beifall bei der CDU - Zuruf von der CDU: Sehr wahr!)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter. Für die Fraktion der SPD erteile ich nunmehr das Wort dem Herr Abg. Walsken.

Walsken (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch die geraden Wege sind mit Hindernissen gepflastert. Das läßt sich von hier oben natürlich nicht so gut erkennen, aber derjenige, der da durch muß, hat Schwierigkeiten, über einzelne Stühle und Mappen, die dort liegen, hinwegzusteigen.

Präsident Denzer: Sie brauchen ja keine Entschuldigung anzubringen. Sie dürfen so langsam laufen, wie Sie wollen.

Walsken (SPD): Herr Präsident, ich möchte die Verhandlung nicht durch zu lange Wege unnötig verlängern. Insofern möchte ich im Interesse der Kollegen hier zu einer zügigen Beratung beitragen.

Präsident Denzer: Gut!

Walsken (SPD): Meine Damen und Herren, ich möchte mit einem Zitat aus einer Zeitung anfangen. Ich habe hier einen Zeitungsartikel mit der großen Überschrift: (D)

30 Schüler pro Klasse sind zuviel. Kultusministerium: Die Höchstgrenze liegt bei 31 Kindern.

Nicht zufriedengeben wollen sich die Elternvertreter in einer Schule mit der Bildung von nur drei Klassen für ihre Kinder an der Grundschule. Die Bezirksregierung hatte die 88 Schulanfänger im September so auf die Klassen verteilt, daß sie entsprechend den Richtlinien des Kultusministeriums die Schülerhöchstzahl für die erste Jahrgangsstufe von 32 nicht überschreiten, doch fast an dieses Limit herankommen. Die Eltern wandten sich deshalb an die Bezirksregierung, das Kultusministerium und sogar den Kultusminister persönlich. Es gebe derzeit im Regierungsbezirk 186 Schulklassen mit 31 Schülern pro Klasse, wurde den Eltern mitgeteilt. Zweimal 29 und einmal 30 Schüler, so die Auskunft, reichten nicht aus, um eine vierte Klasse bilden zu können. Außerdem gebe es zuwenig Geld für neue Lehrer und kein geeignetes Personal mehr. Die Elternvertreterinnen stellten demge-

(Walsken (SPD))

- (A) gegenüber* fest, alle Kinder in Klassen mit mehr als 28 Schülern seien erheblich benachteiligt gegenüber Schülern in Klassen mit 22 oder weniger Kindern. Sie seien nicht zufrieden damit, daß man sie mit Standardbriefen abspeise und auf ihre Argumente nicht eingehe.

Dem kundigen Thebaner wird natürlich auffallen sein, daß es sich hier nicht um einen Regierungsbezirk und einen Minister in Nordrhein-Westfalen handelt, sondern daß das Zitat aus einem anderen Bundesland ist, nämlich in dem Falle aus Bayern, wo offensichtlich die Höchstgrenze von 30 Schülern, die wir in Nordrhein-Westfalen realisiert haben, noch nicht real ist. Offensichtlich gibt es hier noch andere Klassengrößen als bei uns. Das zeigt mir, daß wir hier in Nordrhein-Westfalen eigentlich auf dem richtigen Wege sind, eine vernünftige Schulpolitik und eine vernünftige Stellenplanpolitik zu betreiben.

Ich möchte das als Eingangsbemerkung, sozusagen zur Illustration von Wirklichkeit und Anspruch, darstellen. Ich denke, daß es gelungen ist, den Anspruch, 30 Kinder pro Klasse als Höchstgrenze zu betrachten, mit der Wirklichkeit, nämlich entsprechende Lehrer zur Verfügung zu stellen, in Übereinstimmung zu bringen.

(Zuruf des Abg. Dautzenberg (CDU))

- (B) Ich denke, daß diese Glaubwürdigkeit, die in diesem Bereich des Kultusministeriums dargestellt wird, auch ihre Fortsetzung und ihre Konsequenz in anderen Bereichen des Haushaltes erhält.

Der Haushalt 1990 ist in der Tat durch das größte geschaffene und gesicherte Arbeitsvolumen in einem Umfang, wie wir es in dieser Legislaturperiode noch nicht erlebt haben, gekennzeichnet. Es gibt insgesamt ca. 2 600 neue Stellen. Es fallen ca. 4 500 Wegfallvermerke weg, und es werden durch die Abschaffung der Wiederbesetzungssperre Kapazitäten von insgesamt 2 500 Stellen der Landesverwaltung zur Verfügung gestellt. Dies bedeutet eine Sicherung und Erweiterung des Arbeitsvolumens um insgesamt 10 500 Stellenwerte - eine geradezu gigantische Zahl angesichts der Sparzwänge, denen wir in den letzten Jahren unterlagen -, 10 500 Stellenwerte, die sich aufteilen in 2 600 neue, 5 400 gesicherte und 2 500 erwirtschaftete Stellen.

(Bensmann (CDU): Immer der gleiche Brei!)

- Nein, das ist nicht der gleiche Brei. Das ist nämlich zum erstenmal in diesem Jahr,

Herr Kollege, und da Sie fünf Jahre dabei waren, müßten Sie eigentlich gemerkt haben, daß es dieses Jahr in dieser Größenordnung der Fall ist.

(C)

Dies alles bedeutet bei 10 500 Arbeitsplätzen, daß der Personalhaushalt in der finanziellen Dimension um rund eine halbe Milliarde DM wächst. Ich kann verstehen, Herr Kollege, daß Ihnen diese Größenordnungen und diese Bewegungen, die hier stattfinden, nicht so recht in den Kram passen, weil Sie andere Vorwürfe hier vorbereitet hatten. Aber diese Vorwürfe können natürlich nicht ziehen. Die Möglichkeiten der Personalpolitik dieses Landes sind in der Tat in diesem Haushaltsplan bestens berücksichtigt.

(Zurufe von der CDU)

Sie alle kennen die Gründe, die eine solche Politik überhaupt erst ermöglicht haben. Ich möchte drei Dinge nennen, und zwar erstens den Tarifabschluß im öffentlichen Dienst. Ich habe es außerordentlich bedauert, Herr Kollege Dautzenberg, daß Sie als CDU auch in diesem Jahr noch nicht die Kraft gefunden haben, einmal positiv zu diesem Tarifabschluß Stellung zu nehmen. Im Grunde genommen betreiben Sie ständig die Politik: Wir sagen nichts zum Tarifvertrag, werfen aber der Landesregierung vor, daß sie diesen Tarifvertrag nicht umsetzt. Sie sollten das zweite erst dann tun, wenn Sie das erste getan haben. Denn ohne das erste zu tun, nämlich den Tarifabschluß als positiv darzustellen, können Sie im Grunde nicht die Berechtigung ableiten, die Konsequenzen eines solchen Tarifvertrages hier einzuklagen.

(D)

(Zuruf des Abg. Dautzenberg (CDU))

Der Tarifabschluß hat aus zwei Gründen die Möglichkeiten des Personalhaushalts erweitert, und zwar erstens deshalb, weil er Arbeitszeitverkürzungen vorgesehen hat, und zweitens deshalb, weil er in der finanziellen Gesamtbelastung so gering war, daß die Möglichkeit, zusätzliche Personale einzustellen, auch finanzierbar geworden ist. Ich danke an dieser Stelle ausdrücklich den Tarifpartnern, daß sie ein solches hervorragendes Ergebnis auf den Tisch gelegt haben,

(Zurufe von der CDU)

und ich bedanke mich bei der Landesregierung, daß sie es geschafft hat, einen solchen Tarifabschluß auch in reale zusätzliche Stellen umzusetzen.

(Erneut Zurufe von der CDU)

(Walsken (SPD))

- (A) Zweitens: Diese Möglichkeiten des Landeshaushalts waren nur deshalb zu realisieren, weil die Finanzpolitik der letzten Jahre so solide gewesen ist, daß wir keine Schwierigkeiten hatten, in der künftigen Schau der Haushalte zusätzliche Stellen auch zu finanzieren. Es gab keine Gründe, dem Tarifabschluß auch aus der Situation des Landeshaushalts heraus zu folgen.

Drittens - das will ich nicht verschweigen - hat natürlich auch die Konjunkturlage, die uns Mehreinnahmen beschert hat, dazu beigetragen, daß wir entsprechend mehr tun konnten, und das vor dem Hintergrund, daß uns die Steuerreform im nächsten Jahr 2 Milliarden DM weniger an Einnahmen bescheren wird und damit natürlich unsere Handlungsspielräume eingeengt.

(Bensmann (CDU): 3 Milliarden DM in diesem Jahr mehr!)

- Wir haben durch die Steuerreform im nächsten Jahr 2 Milliarden DM weniger, Herr Kollege.

Zu prüfen ist natürlich, ob die Indikatoren, die etwas darüber aussagen, ob der Landeshaushalt solide finanziert ist, auch stimmen. Es gibt - das haben wir im letzten Jahr schon diskutiert, und das bleibt nach wie vor richtig - im Grunde genommen zwei Indikatoren, die für die Grundstruktur dieses Haushalts aussagefähig sind. Das ist einmal die Frage des Wachstums der Zinslastquote im Verhältnis zum Einnahmewachstum. Das zweite ist die Frage der Steuerfinanzierungsquote des Gesamthaushalts. Beide Faktoren ändern sich durch die personalwirtschaftlichen Beschlüsse, die bis zur zweiten Lesung getroffen worden sind, nicht negativ. Das heißt: Die Finanzkraft des Landes reicht aus, um diese Stellenbewegungen in Höhe von einer halben Milliarde DM zu finanzieren, ohne daß dadurch nachhaltige negative Auswirkungen auf die Finanzlage des Landes entstehen.

Dies zeigt, daß die Zusage der öffentlichen Arbeitgeber bei den Tarifverhandlungen, nämlich mehr Arbeitsplätze zu schaffen, in Nordrhein-Westfalen eingehalten werden konnte. Dazu muß ich allerdings eine kleine Ergänzung machen, weil uns die Verbände sagen - wie Herr Kollege Bensmann das eben durch einen Zwischenruf deutlich gemacht hat -: Ihr habt ja eine Milliarde mehr,

(Bensmann (CDU): 3 Milliarden!)

man könnte ja die ganze Milliarde in zusätzliche Personale stecken. Ich sage hier ganz deutlich, daß wir das aus zwei Gründen

nicht können. Für eingestelltes Personal übernimmt das Land eine Dauerverpflichtung, die wir auch in schlechten Zeiten einlösen wollen. Genausowenig, wie wir jemanden einstellen, weil in dem einen Jahr Mehreinnahmen zu erwarten sind, genauso wenig werden wir im zweiten Jahr, wenn die Einnahmesituation schlechter ist, jemanden entlassen wollen. Und wenn wir das nicht wollen, können wir nur soviel Personale in diesen Haushalt einstellen, wie wir auf Dauer und nicht nur aus der aktuellen Konjunkturlage eines einzelnen Haushaltsjahres heraus glauben finanzieren zu können. (C)

(Dautzenberg (CDU): Auch bei der Staatskanzlei?)

- Herr Kollege, die Staatskanzlei ist ja, gemessen am Gesamthaushalt und an dem, was Sie gerade aufgezeigt haben, eine vernachlässigswerte Größe, die auch --

(Na, na! bei der CDU)

- Ja, selbstverständlich.

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU)

- Was die Stellenausstattung anbelangt. Wir reden hier über Stellenausstattung; das wissen Sie genau. Ich kann natürlich verstehen, daß Sie es gern anders interpretiert wissen möchten. Ich denke aber, daß die realen politischen Initiativen, die von dieser Stelle ausgehen, dem widersprechen, was Sie vermuten. (D)

Es gibt noch andere Gründe, weshalb die jährlichen Einnahmewachstum nicht voll in Personale umgewandelt werden können. Erstens: Wir wollen die Neuverschuldung senken. Zweitens: Wir wollen auch Mittel zur Verfügung haben, um investive Aufgaben zu erfüllen und Zuschüsse an den Stellen zu leisten, wo wir es für notwendig halten.

Lassen Sie mich nach dieser kurzen Gesamtbetrachtung zunächst einmal auf einige Personalanträge der Oppositionsfractionen eingehen. Sie haben Kürzungsanträge gestellt: zur Staatskanzlei - logischerweise -, zum Kulturwissenschaftlichen Institut und zum Institut Arbeit und Technik. Ich will diese drei Positionen einmal als politische Ärgernisse Ihrerseits bezeichnen, während wir sie natürlich als politische Erfolge unsererseits bezeichnen werden. Ich will sie aber, weil sie von der quantitativen und finanziellen Auswirkung her nicht sonderlich ins Gewicht fallen, hier nicht weiter bewerten. Das machen sicherlich die Kollegen in den einzelnen Fachausschüssen.

(Walsken (SPD))

- (A) Anders dagegen sind Ihre Anträge zur Polizei, zum Schulwesen und zum Justizvollzug zu betrachten, und zwar deshalb, weil Sie hiermit - wenn ich richtig mitgezählt habe: in der Größenordnung von zusätzlich 4 300 Personale - eine finanzielle Mehrbelastung in Höhe von etwa 200 Millionen DM beantragt haben.

(Schauerte (CDU): Falsch gerechnet, Herr Walsken!)

Ob Sie das in der Plenardebatte noch aufrechterhalten haben, das kann ich im Augenblick nicht nachvollziehen. Sie haben es wohl zumindest in den Beratungen der Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" bis heute entsprechend getan.

Ich will auch hier nicht im einzelnen eine Kritik oder eine Bewertung dieser Anträge vornehmen. Ich möchte allerdings die Frage der grundsätzlichen Haltung, die ich bei Ihnen vermutet habe bzw. unterstellen möchte oder die Sie selbst darstellen, ansprechen, und zwar geht es mir um die Frage des Zusammenhangs von Steuerreform, Tarifabschluß und Personalpolitik im Lande.

Sie sind recht stolz auf das, was Sie Steuerreform nennen.

(Schauerte (CDU): Ja!)

- (B) Kollege Pohl ist so stolz darauf, daß er die gute Konjunktur der letzten sieben Jahre schon mit der Steuerreform von 1990 begründet, die dann aber erst in Kraft tritt. Das mag seine Sache sein.

(Schauerte (CDU): 1986 war der erste Schritt, 1988 war der zweite Schritt!)

- Sie wissen, daß wir 1986 lediglich in der Struktur eine andere Auffassung als Sie hatten. Denken Sie an die Frage des Familienlastenausgleichs, die Johannes Rau damals als Kanzlerkandidat nur in der Struktur anders dargestellt hat; in der Sache war er durchaus mit Ihnen einverstanden.

(Zuruf des Abg. Schauerte (CDU))

- So war die Situation gewesen, Herr Kollege. Das wissen Sie auch. Nur tut es Ihnen natürlich weh, daß die SPD-Fraktion damals nicht entsprechend reagiert hat.

Sie wollen - und das ist ja das Ziel Ihrer Aktion - mehr Geld in den Portemonnaies der Bürger, weil Sie politisch sagen, daß dadurch die Konjunktur angeheizt wird.

(Dorn (F.D.P.): Weil die Bürger besser damit umgehen können!)

- (C) - Ja, Herr Kollege Dorn, darauf kommen wir noch. Das ergibt sich gleich aus der Konsequenz der Anträge, die gestellt worden sind. Mit mehr Geld in den Kassen der Bürger nehmen Sie weniger Geld in den Kassen der öffentlichen Hand in Kauf.

(Zuruf von der CDU: Nein!)

- Selbstverständlich nehmen Sie das in Kauf.

Sie stellen hier aber gleichzeitig Anträge, zusätzlich Personal einzustellen, um einem bestimmten Bedarf nachzukommen.

Ich verstehe die Logik Ihrer Anträge nicht. Ich hatte eigentlich von Ihnen umgekehrt erwartet, daß Sie der Meinung sind, daß der Staat, wenn er weniger einnimmt, auch weniger ausgeben darf.

(Schauerte (CDU): 1,8 Milliarden DM mehr!)

Also müßte er eigentlich noch seine Aufgaben durchforsten, müßte seine Personale durchforsten und müßte entsprechend Personal abbauen und müßte entsprechend mehr für das, was dem Bürger übrigbleibt, zur Verfügung stellen.

(Zustimmung bei der SPD - Abg. Schauerte (CDU) meldet sich zu einer Zwischenfrage)

- (D) Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege, ich darf Sie unterbrechen. Lassen Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Schauerte zu?

Walsken (SPD): Herr Kollege Schauerte, ich würde ganz gerne weiter fortfahren. Wir können so oft diskutieren, wie wir das ja auch tun. Ich bitte das jetzt nicht so zu verstehen, als wenn ich nicht diskutieren wollte.

(Zuruf des Abg. Dautzenberg (CDU))

Von den Personalbewegungen, die wir hier im einzelnen vollzogen haben, sind nahezu alle Einzelpläne betroffen:

Die Beförderungsmöglichkeiten der Polizisten werden verbessert, mehr Personal zur Verbrechensbekämpfung wird zur Verfügung gestellt, der richterliche Dienst erhält personellen Zuwachs. Den wichtigsten Zuwachs erhält der Schulbereich. Fröndenberg erhält die Mutter-und-Kind-Station.

(Schauerte (CDU): Weniger!)

Für das Hochschulsonderprogramm und den Ausgleich von Arbeitszeitverkürzungen wächst der Wissenschaftshaushalt um ca. 600 Stellen.

(Walsken (SPD))

- (A) Der durch Aus- und Übersiedler entstandene Bedarf in Unna-Massen wird bedient. Das Landesamt für Ökologie, das Landesamt für Forsten und die Zentralstelle für Sicherheitstechnik erhalten personelle Verstärkung.

Staatshochbau- und Finanzverwaltung werden durch zusätzliche Personale in ihrer Arbeitsleistung qualitativ aufgewertet.

Diese Gesamtübersicht zeigt, daß mehr Personale nicht nach dem Füllhornsystem verteilt worden sind, sondern sehr wohl abgestimmt auf aufgabenorientierte Entwicklungen in den Ressorts.

(Bensmann (CDU): Ist das jetzt neu?)

Ich denke, daß gerade diese Politik einer aufgabenkritischen Zuwachsbetrachtung besonders in diesem Haushalt sehr gut gelöst worden ist: Herr Kollege Dautzenberg, wir haben uns ja in der Kommission, der Sie auch angehören, sehr intensiv über alle Einzelbereiche unterhalten. Wir haben uns sehr aufgabenkritisch und sehr aufgabenorientiert angeguckt, wo durch Mehraufgaben ein zusätzlicher Personalbedarf entsteht.

- (B) Ich finde es auch vom sachlichen Klima der Verhandlungen her ausgezeichnet, daß es uns gelungen ist, diesen zusätzlichen Aufgabenbedarf mit dem dazugehörigen Personalbedarf so sachkritisch zu überprüfen, daß wir nicht allen Gedanken von vornherein zugestimmt haben, sondern uns unsere eigenen Gedanken gemacht haben, ob wir es für notwendig halten oder nicht, dem zu folgen.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte dann mit der Bemerkung, die auch Herr Kollege Dautzenberg am Schluß gemacht hat, schließen, daß mit der Installierung der Arbeitsgruppe Aufgabenkritik beim Finanzminister jetzt auch ein ministerielles Instrument geschaffen worden ist, um eine aufgabenkritische Überprüfung der einzelnen Ressorts durchzuführen.

Weiter muß ich sagen, daß die Methode der Landesregierung, die die SPD in einzelnen Personalbereichen weiter vervollständigt hat, nämlich zusätzliche Stellen zum 31.12.1991 oder 1993 kw zu stellen, im Zusammenhang mit dieser Arbeitsgruppe durchaus Sinn macht, weil die Ressorts, wenn Sie diese Stellen nicht kw haben wollen, gezwungen sind, in Kooperation mit dem Finanzminister entsprechende Finanzierungsmöglichkeiten aufzutun.

Das, denke ich, ist ein guter Schritt in die Zukunft, der mich hoffen läßt, daß wir die

- (C) ersten Ergebnisse einer aufgabenkritischen Überprüfung der Landesverwaltung demnächst vorgelegt bekommen, um sie dann in der weiteren sachlichen Arbeit im Ausschuß weiter behandeln zu können.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Nunmehr erteile ich das Wort Herrn Abg. Dorn für die Fraktion der F.D.P..

Dorn (F.D.P.): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Steigerungsrates im Personalhaushalt beträgt für das Jahr 1990 immerhin 800 Millionen DM und betrifft 3,2 %.

Nun haben wir ja hier schon durch die beiden Vorredner eine Reihe von Einzelthemen ansprechen lassen. Ich möchte mich deshalb auf wenige Themenbereiche beschränken:

Die Aufhebung der Stellenbesetzungssperre, die von uns seit drei Jahren immer wieder verlangt worden und von der SPD in den letzten drei Jahren immer wieder abgelehnt worden ist, wird nun endlich am 01.01.1990 eingeführt. Wir freuen uns, daß die SPD unseren Argumenten endlich gefolgt ist. Aber es kann natürlich niemand behaupten, das hätte etwas mit der Landtagswahl des nächsten Jahres zu tun.

- (D) Doch mit der Beibehaltung der Beförderungssperre, Herr Kollege Trinius, ist das natürlich wieder ein Rückschritt, den Sie hier gleichzeitig veranstalten. Sie haben mit der Aufhebung der Stellenbesetzungssperre Angst vor der eigenen Courage bekommen.

(Minister Schnoor: Das hat auch nichts mit der Landtagswahl zu tun!)

- Das hat natürlich auch nichts mit der Landtagswahl zu tun, Herr Minister. Alles, was Sie hier vortragen, ist völlig neutral und zeitlich ungebunden für die Entscheidungen der nächsten Wochen.

(Dautzenberg (CDU): Dafür garantiert der Minister!)

Die Frage der Arbeitszeitverkürzung und damit auch die Frage der Zustimmung der Landesregierung zum Tarifabschluß ist auch schon angesprochen worden. Wir haben uns ja beim Haushalt des vergangenen Jahres schon ausführlich darüber unterhalten, und die Landesregierung hat uns dann im Ausschuß mitgeteilt, der Tarifabschluß sei stellenweise wohl umgesetzt worden.

(Dorn (F.D.P.))

- (A) Nun, dieses "stellenweise" ist natürlich eine Frage, inwieweit man die Landesregierung als Partner bei Tarifabschlüssen ernst nehmen kann. Es ist nicht eine Frage des Parlaments, Herr Minister, sondern das ist eine Frage des Verhaltens der Landesregierung gegenüber den Tarifpartnern auf der anderen Seite, nämlich den Gewerkschaften.

Wenn zum Beispiel in einigen Teilbereichen gleich mit Null abgeschlossen und dann gesagt wird, anstelle der Arbeitszeitverkürzung wolle man eine Arbeitsverdichtung durchführen, dann ist das natürlich mehr als nur eine Formulierung, dann ist das eindeutig die Absicht, die im Tarifabschluß vereinbarten Arbeitszeitverkürzungen zumindest in Teilbereichen nicht einzulösen, sondern zu umgehen. Inwieweit man dann noch als Tarifpartner ernstgenommen werden kann, ist eine Frage, die die Landesregierung dann mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund und den Einzelgewerkschaften aushandeln muß.

Ich gebe allerdings auch eines zu: Die illusionären Vorstellungen der Gewerkschaften, auch in ihren Veröffentlichungen, wie viele zigtausend Stellen durch die Arbeitszeitverkürzungen zusätzlich geschaffen werden könnten, haben wir immer für nicht realisierbar gehalten. Und ich bin sicher, daß die Gewerkschaften selbst nicht daran geglaubt haben, wenn sie die Entwicklung der letzten zwanzig Jahre auf dem Arbeitsmarkt sehen nur etwas angesehen haben.

- (B) Nun zu einigen Teilbereichen!

Im Innenministerium hat die SPD endlich eine Reihe alter Forderungen der F.D.P. aufgegriffen. Ich denke an die Übernahme von 100 Beamten des Bundesgrenzschutzes, die ich seit zwei Jahren immer wieder verlangt habe, und auch an die von uns seit vier Jahren - auch von der Kollegin Dagmar Larisika-Ulmke - immer wieder verlangte Einstellung von Angestellten für den Dienst außerhalb des Vollzugsdienstes. Nun, die Landesregierung hat das für das Jahr 1990 endlich beschlossen, wobei wir die Frage der gleichmäßigen Versorgung der Schutzpolizei und der Kriminalpolizei gleichzeitig berücksichtigt haben wollen, Herr Minister, und zwar vor allem, weil wir dann endlich davon ausgehen können, daß viele Schutzpolizei- und Kriminalbeamte wieder mehr präventiven Verbrechenseinsatz durchführen können, sie endlich von dem 10-Finger-Suchsystem, mit dem sie auf der Schreibmaschine herumtippen müssen, befreit werden können. Dazu sind sie viel zu teuer und anderweitig ausgebildet worden.

Zum Bereich des Kultusministeriums! Die Stellenplanentwicklung an den Schulen ist ein Dauerthema dieses Parlaments. Die Propagandazahlen der SPD, vor der Beratung des Haushalts als große Erfolge verkündet, sind wie Luftblasen zerstoßen - oder sollte man sagen, daß sie sich wie Sprechblasen aufgelöst haben? Es gäbe eine Vielzahl von Beispielen, die man dazu anführen kann. Ich will nur eines nennen.

Wir haben in der Stellenplankommission lange darüber diskutiert, wie sich das konkret auswirkt, was an neuen Stellen wirklich von der Landesregierung geschaffen wird, was an kw-Vermerken wegfällt und was dann nach dem Wegfall der kw-Vermerke noch besetzt werden kann. Ganz konkret haben wir es bei dem Bereich der Realschulen diskutiert.

Hier hat die Regierung verkündet, sie würde 170 neue Stellen für die Realschulen schaffen. Nachdem wir ernsthaft beraten haben, wo diese 170 neuen Stellen herkommen, ist gesagt worden: durch Wegfall des kw-Vermerks. Auf meine intensive Frage, wie viele von den 170 Stellen, bei denen die kw-Vermerke gestrichen würden, denn im Jahre 1990 konkret besetzt werden könnten, wie viele kw-Vermerke von den 170 realisiert werden könnten, mußte die Regierung zugeben: Nicht einer, sondern alle Stellen seien besetzt, und kein kw-Vermerk könnte im Jahre 1990 dazu führen, daß ein neuer Lehrer in diese Stelle einrücken würde.

Es wird also verschwiegen, daß von dem großen Propagandaerfolg der Verkündung so vieler tausend neuer Stellen im Endergebnis nur ein Minimum übriggeblieben ist. Die Regierung sagt: 2 762 Stellen mehr. Ich kann nur sagen: Eine eindeutige Irreführung der Öffentlichkeit, denn in Wirklichkeit sind es nur 803 neue Stellen und nicht 2 762.

Nach wie vor dringende Entscheidungen sind wiederum vertagt worden. Ganz besonders bedauere ich das auch bei den teilzeitbeschäftigten Lehrern für den Bereich Religion. In der Stellenplankommission hatten wir, da sich die SPD-Fraktion der Stimme enthalten und CDU und wir dafür gestimmt hatten, eine klare Mehrheit, diese 136 Religionslehrer mit voller Pflichtstundenzahl nunmehr endlich in die Planstellen aufrücken zu lassen. Die SPD-Fraktion hat dann in der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses erklärt, sie könne diesem Beschluß nachträglich nicht mehr zustimmen. Sie lehne ihn ab. Und es wurden nur sechzig Stellen bewilligt. Das Problem, das hier durch jahrelange Vertröstungen und den immer wiederkehrenden Versuch, diesen Menschen zu helfen, aufge-

(Dorn (F.D.P.))

- (A) treten ist,* ist also wieder auf viele Jahre, zumindest auf drei Jahre, vertagt. Wir wissen nicht, wie das Ganze im einzelnen für die Betroffenen ausgehen kann.

(Trinius (SPD): Nicht vertagt, sondern in drei Raten geregelt!)

- Geregelt in mehreren Teilraten der nächsten Jahre, Herr Kollege Trinius. Es ist jetzt, obwohl es möglich war, zu entscheiden, leider nicht entschieden worden - das ist das Problem! -, weil Sie sich einfach geweigert haben, Ihr positives Votum abzugeben.

(Bensmann (CDU): Und weiterhin fällt Religionsunterricht aus! - Minister Schwier: Keine Ahnung, der Herr!)

Bei der nächsten Frage der Eingruppierung der schulfachlichen Aufsichtsbeamten bei den Regierungspräsidenten haben wir uns dann zum Schluß mit dem Antrag durchsetzen können, daß alle in die Besoldungsgruppe A 16 eingestuft werden, obwohl der Innenminister das bis zuletzt für Teilbereiche abgelehnt hat. Ich weiß, Herr Minister, Ihr Beamter, der Ihr Haus dort wirkungsvoll vertreten hat, hat uns mitgeteilt, daß Sie an den Rand der Vorlage geschrieben haben, das Nein sei Ihr letztes Wort. Das ist richtig. Nur dabei haben Sie übersehen: Das letzte Wort hat das Parlament, Herr Minister, nicht die Regierung, auch wenn sie noch so stark ist. Und deswegen hat das Parlament dafür gesorgt, daß Ihr letztes Wort Ihr vorletztes Wort war.

(B)

(Minister Dr. Schnoor: Ich muß den Haushalt vollziehen!)

- Herr Minister, diese Bemerkung ist interessant. Wenn Sie sagen, Sie vollziehen den Haushalt, Sie müßten ihn vollziehen, dann müssen Sie ihn aber auch so vollziehen, wie das Parlament ihn beschlossen hat, und sich nicht irgendwelche Reservate mit einer solchen Bemerkung schaffen wollen. Das kann ja wohl nicht Ihr Ernst sein.

(Minister Dr. Schnoor: Ich werde dazu gleich etwas sagen!)

Wenn das Parlament entschieden hat, wird die Regierung gezwungen sein zu handeln - ob ihr das nun gefällt oder nicht. Das ist nun einmal so in einer parlamentarischen Demokratie.

(Minister Dr. Schnoor: Aber bei den Stellen nicht, meine Herren!)

- Nein? Na gut, Herr Minister, dann werden wir uns über das Demokratieverständnis

einzelner Minister dieser Regierung hier unterhalten müssen - aber in aller Deutlichkeit! Darauf können Sie sich verlassen. (C)

(Beifall bei der F.D.P.)

Die fehlenden Stellen an den Sonderschulen und Berufsschulen sind immer noch nicht ausreichend geschaffen. Auch bei den Gymnasien und Realschulen ist der Unterrichtsausfall durch fehlende Planstellen immer noch viel zu hoch. Es darf nicht dabei bleiben, daß Realschulen mit 18, Hauptschulen mit 14,1 und Gymnasien mit 14,2 Schülern je Lehrer deutlich schlechter gestellt werden als Gesamtschulen mit 11,7 Schülern je Lehrer. Das ist eben das Problem, daß Sie einfach nicht bereit sind, alle in diesem Lande so zu behandeln, wie es die Gerechtigkeit erfordert.

Nun hat Herr Kollege Walsken vorhin darauf hingewiesen, daß im Bereich Wissenschaft die große Stellenvermehrung stattfindet. Herr Kollege Walsken, das gehört zwar zum Wissenschaftsministerium, aber von den etwa 500 Stellen entfallen allein 499 auf die medizinischen Einrichtungen an den Universitätskliniken. Da muß natürlich aufgrund des Tarifabschlusses endlich die Konsequenz gezogen werden aus Arbeitszeitverkürzung, Schichtdienst, Wege- und Rüstzeiten, weil sonst eine nicht mehr garantierte Versorgung an den Krankenanstalten und Universitätskliniken unseres Landes entstehen würde. Wir begrüßen es ganz besonders, daß hier endlich die erforderlichen Schritte gegangen worden sind. (D)

Nun bleibt noch die Finanzverwaltung übrig, über die wir uns unterhalten müssen. Die Landesregierung bestätigt auf eine kleine Anfrage einen Personalfehlbestand in Höhe von 2 294,64 Arbeitskräften. Was diese 0,64 Arbeitskräfte sind, darüber könnte man sicher noch einmal nachdenken. Aber das ist vielleicht ein rein statistischer Wert, der mit der Realität nicht allzuviel zu tun hat. Die Berufsverbände berechneten ein Fehlbestand von 3 500 Planstellen. So weit die Fakten.

Nun, was macht die Regierung aus der Erkenntnis, daß sie selbst bestätigt, es wären ca. 2 300 Personalfehlstellen vorhanden? Sie berechnet für den Bereich der Finanzämter und Oberfinanzdirektionen Null Planstellen in der Regierungsvorlage. Das ist die Konsequenz Ihrer eigenen Erkenntnisse, die Sie dann hier im Rahmen des Haushalts umsetzt. Dann schreibt die Regierung dazu - das ist auch interessant -: Es kann festgestellt werden, daß die Steuerverwaltung Nordrhein-Westfalen in personeller Hinsicht einen Vergleich mit den Steuerverwaltung der anderen Länder nicht zu scheuen braucht.

(Dorn (F.D.P.))

- (A) Dann heißt es weiter: Eine Personalverstärkung im Bereich der Betriebsprüfung wäre sicherlich geeignet, die Mehrsteuern ansteigen zu lassen. Das ist eine hochinteressante Formulierung, meine Damen und Herren. Das kommt weitgehend dem entgegen, was die Steuergewerkschaft seit Jahren hier verkündet und was von der Regierung in der Sache bestritten wurde und was jetzt die Regierung im Rahmen der Beantwortung dieser Kleinen Anfrage selber zugeben muß.

Die Argumente der Steuerverwaltung und der Steuergewerkschaft sind allen Fraktionen seit Jahren vorgetragen worden. Wir haben in jedem Jahr mit dem Vertreter der Steuergewerkschaft darüber diskutiert. Aber die SPD war nicht bereit, ihre Haltung in dieser Frage zu ändern.

Die Veranstaltung der Steuergewerkschaft in der Messe in Düsseldorf vor kurzem war ja hochinteressant. Nach einer demagogisch völlig überzogenen Rede des Bezirksvorsitzenden der Steuergewerkschaft, in der er alle Fraktionen des Parlaments und die Regierung massiv mit Argumenten angriff, die auch in manchen Bereichen ohne Sachgrundlage vorgetragen wurden,

(Wendzinski (SPD): Sehr wahr!)

zeigte sich uns doch, Herr Kollege Wendzinski, daß im Endergebnis nur mit vernünftigen Argumenten für neue Positionen gefochten werden kann.

(B)

Um so überraschter war ich natürlich, daß der Kollege Frechen, der von Ihrer Fraktion an dieser Veranstaltung teilnahm, nichts dazu sagte, ob die Forderungen berechtigt sind oder nicht, sondern sagte, all diese Forderungen seien für ihn völlig neu, er hätte sie bisher gar nicht gekannt. Er sagte, er würde deswegen zusagen, daß diese neuen Argumente dazu führen könnten, daß das letzte Wort in dieser Frage noch nicht gesprochen sei.

(Zuruf des Abg. Linssen (CDU)

- Frechen (SPD): Das hat er nicht so gesagt, er hat es in anderen Zusammenhängen gesagt!)

- Ich habe Ihnen genau zugehört, Herr Kollege. Sie haben gesagt, diese Argumente seien für Sie völlig neu. Ich habe darauf in meiner Rede nach Ihnen gesagt: Das kann wohl nicht neu gewesen sein, denn es waren alles Argumente, die uns seit Jahren von der Steuergewerkschaft vorgetragen würden. Es sind auch keine neuen dabei gewesen.

Und jetzt endlich wird im Schneckentempo die Bereitschaft der SPD, ohne Mut zu einer neuen Konzeption, entschieden.

(C)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Dorn, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Frechen?

(Dorn (F.D.P.): Bitte schön!)

- Bitte schön!

Frechen (SPD): Herr Kollege Dorn, sind Sie bereit, mir zuzustimmen, daß ich auf den Vorwurf des Vorsitzenden der Steuergewerkschaft, Herrn Wolter, geantwortet habe, der gesagt hatte, weit über die Hälfte der Steuern in vielen Branchen im Lande Nordrhein-Westfalen und darüber hinaus würden hinterzogen, weil nicht genügend Finanzbeamte zur Verfügung stünden, und daß ich darauf gesagt habe: diese Vorwürfe in diesem Umfang sind mir neu, und ich bitte, daß diese Vorwürfe belegt werden? Und wenn sie zutreffen, werden wir darüber zu reden haben. Das ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt war, daß ich in bezug auf die Personalforderungen, die davon unabhängig waren, in zutreffender Weise gesagt habe: Über die Personalanforderungen, die sie gestellt haben und die im Haushaltsplanentwurf nur teilweise enthalten sind, ist das letzte Wort noch nicht gesprochen. Das war auch noch nicht gesprochen, denn wir haben ja entsprechend aufgestockt.

Dorn (F.D.P.): Herr Kollege Frechen, es ist beides richtig, was Sie gesagt haben. Nur widerspricht das gar nicht meiner Feststellung.

(D)

(Widerspruch des Abg. Frechen (SPD))

- Nein, Entschuldigung! Das zweite ist ganz eindeutig identisch. Das erste hat nur einen Haken bei Ihnen, weil Sie behaupten, daß das neu sei, was vorgetragen wurde mit der Steuerhinterziehung und all dem Steuerausfall. Das ist auch nicht neu, das wird uns seit mindestens drei Jahren von der Steuergewerkschaft vorgetragen.

(Widerspruch bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, ich möchte zum Schluß kommen. Das Resümee der personalpolitischen Entscheidungen der Landesregierung und der SPD-Fraktion stellt sich für uns nach den langen Ausschüßberatungen so dar: Landesregierung und SPD wursteln vor sich hin, nicht zu entscheiden war ihr Sinn - von der Konzeptionslosigkeit des Innen-

(Dorn (F.D.P.))

- (A) ministers, was die Personalstruktur der Polizei angeht, ganz zu schweigen. Darüber haben wir uns ja nun seit Jahren gestritten, wenn auch nicht innerhalb des Ausschusses. Im Ausschuß, auch im Haushaltsausschuß und in der Stellenplankommission waren wir alle einer Meinung. Nur ist der Innenminister mit seiner Konzeption leider noch nicht übergekommen.

Allerdings haben der Ministerpräsident und die SPD in einem Bereich voll zugeschlagen: Die in den letzten Jahren und auch für 1990 realisierten Mehrstellen der Ministerialbeamten in der Staatskanzlei haben einen noch nie dagewesenen Höchststand erreicht. Damit wurde eines deutlich: Das Verwalten und die Beschäftigung mit sich selbst nach Parkinson ist perfekt gelungen. Aber das Entscheiden, vor allem das Regieren, ist praktisch abgeschafft worden. Der Mut zur Übernahme von Verantwortung und zur Gestaltung der Zukunft ist total verlorengegangen. Man sollte die Landesregierung in "Landesbehörde zur Verwaltung geistiger Mangelware" umbenennen. Das entspräche eher den Realitäten.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Herrn Innenminister Dr. Schnoor das Wort und weise darauf hin, daß der Herr Innenminister hier eine Stellungnahme für den Herrn Finanzminister abgibt.

- (B) Dr. Schnoor, Innenminister (stellvertretend für den Finanzminister): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Dautzenberg, Sie haben einerseits - so habe ich Sie verstanden - den zu geringen Personalzuwachs kritisiert; andererseits haben Sie den Vortrag der Landesregierung kritisiert, daß die Arbeitskapazität insgesamt um rund 12 700 Stellen zugenommen habe.

(Dautzenberg (CDU): Ich habe nicht von Stellen geredet, sondern von Arbeitsplätzen!)

- Einverstanden! Ich gehe ja jetzt auch darauf ein.

Sie haben dann die Planstellen und Stellen des Haushalts 1989 mit denen des Haushalts 1990 verglichen und gesagt, das schlage sich darin nicht nieder.

Das kann es auch gar nicht; denn beispielsweise schafft der Wegfall der Stellenbesetzungssperre eindeutig mehr Arbeitskapazität. Das kann man nicht bestreiten. Das kann sich nur nicht im Stellenplan niederschlagen.

- Oder: Die Einstellungsermächtigungen schaffen mehr Kapazität, und sie werden sich nach drei Jahren im Haushalt niederschlagen, wenn die Planstellen veranschlagt sind. Aber die Arbeitskräfte sind jetzt da. Nur schlägt sich das auch nicht im Stellenplan nieder - genauso auch der Wegfall der kw-Vermerke. (C)

Ich meine also: Wenn man hier redlich miteinander umgeht, dann muß man das auch so genau beim Namen nennen - und dies versuche ich hier zu tun.

Auf die Stellenbesetzungssperre, soweit sie Herr Dorn angesprochen hat, möchte ich noch kurz eingehen. Herr Kollege Dorn, Sie haben gesagt, Sie hätten deren Wegfall immer gefordert - richtig! -, und erst jetzt entfalle sie. Sie müssen dabei allerdings auch bedenken: Die Stellenbesetzungssperre für sich allein bringt etwa 120 Millionen DM. Insofern ist das nicht eine Bagatelle, über die man sich einfach hinwegsetzen kann, sondern sie ist also durchaus haushaltswirksam. Daß sie jetzt entfällt, hat auch etwas damit zu tun, daß zu Beginn der 90er Jahre eine große Fluktuation im Personalbereich einsetzt. Dann wird es eigentlich schwer erträglich, die Stellenbesetzungssperre noch zu halten.

Sie meinen, man sollte die Beförderungssperre auch aufheben. Das kann ich begreifen, aber das macht noch einmal 30 Millionen DM aus. Wenn man also über Personalkosten spricht, muß man dann natürlich über diesen Punkt auch sprechen.

(D) Es trifft zu, daß die Diskussion über die Arbeitszeitverkürzung und die Frage des Ausgleichs Auseinandersetzungen mit den Gewerkschaften gebracht hat, daß die Gewerkschaften das kritisieren, was die Landesregierung vorschlägt: Dabei ist die Kritik nach meinem Eindruck im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß ja die Entlastung, die jetzt durch Mehrstellen oder durch Wegfall der Stellenbesetzungssperre eintritt, sich nicht gleichmäßig im Haushalt und in der Landesverwaltung niederschlägt und daß die Gewerkschaften insbesondere dort, wo sie sich auch durch beginnende Arbeitskämpfmaßnahmen besonders engagiert und bemüht haben, den Erfolg so nicht sehen.

Das begreife ich; aber wir haben uns bemüht, hier schwerpunktmäßig und aufgabenbezogen zu helfen. Deswegen konnte man natürlich auch bei der Veranschlagung der Stellen im Haushalt den Wünschen der Gewerkschaften nicht voll entsprechen.

Auf die Frage der Schulaufsicht würde ich gleich anschließend noch einmal eingehen,

(Minister Dr. Schnoor)

- (A) Herr Kollege Dorn; ich möchte Ihnen die Antwort nicht schuldig bleiben und mich auch gern zu meinem Zwischenruf äußern.

Die Entscheidungen im Personalhaushalt erfordern ja besondere Sorgfalt. Sorgfältig müssen wir natürlich bei der Veranschlagung von Haushaltsmitteln immer sein, aber beim Personalhaushalt besonders. Hier müssen wir drei- oder viermal prüfen, ob man eine Planstelle ausweisen darf; denn die Entscheidungen im Personalhaushalt begründen ja die am längsten laufenden Verpflichtungen des Landes, weil eine Einstellung beim Land - anders als eine Einstellung in der gewerblichen Wirtschaft - eine Beschäftigung von 30 bis 40 Jahren Dauer bedeutet. Deswegen besteht auch die große Reserve gegenüber weiteren Personalforderungen.

Nicht zuletzt haben Sie, Herr Kollege Dautzenberg und die Kollegen in Ihrer Fraktion, auch immer kritisiert, daß die Investitionsquote des Landeshaushalts eigentlich höher sein müßte. Das begreife ich auch. Wenn man aber die Investitionskraft des Landes erhalten will, dann darf man sich gerade für die künftigen Haushalte nicht weiter zuziehen, indem die Personalkostenquote zu stark anwächst. Wer also den Verpflichtungen des Landes nachkommen will, insbesondere die Investitionskraft zu erhalten und sie nicht durch einen expansiven Personalhaushalt aufzuzehren, der muß gerade bei der Veranschlagung von Planstellen besonders zurückhaltend sein.

- (B) Vizepräsident Dr. Klose: Herr Minister, darf ich Sie einmal unterbrechen: Erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dautzenberg?

(Minister Dr. Schnoor: Aber gerne!)

- Bitte schön!

Dautzenberg (CDU): Herr Finanzminister, würden Sie denn zugeben, daß die Frage der oberen Schulaufsicht zum überwiegenden Teil - auch durch die Streichung von A-15-Stellen - kostenneutral gelöst worden ist?

Dr. Schnoor, Innenminister (in Vertretung des Finanzministers): Ich würde gern darauf gleich noch einmal eingehen. Ich muß gestehen, als Vertreter ist mir die letzte Phase dieses von Ihnen angesprochenen Problems hinsichtlich der Kostenneutralität nicht bekannt. Nur, ursprünglich war es einmal so vorgesehen, daß die A-15-Stellen, um die es ging, zwar als Abordnungsstellen nicht mehr bei der Behörde des Regierungspräsidenten erscheinen sollten, aber gleichwohl im

- nachgeordneten Bereich bleiben sollten. Ich weiß nicht, ob das immer noch vorhanden ist. Das kann ich jetzt nicht sagen, da müßte ich mich jetzt zunächst einmal im Finanzressort erkundigen. Ich bitte um Nachsicht, daß ich das nicht genau weiß. (C)

(Wendzinski (SPD): Herr Finanzminister, die Auflösung der Schulkollegien war im Endeffekt noch billiger als der unterste Schwellenwert, den wir damals angenommen haben! - Dautzenberg (CDU): Nein, das ist die Folge aus der Auflösung!)

- Das ist ganz eindeutig, daß die Auflösung der Schulkollegien und die Eingliederung in die Schulaufsicht beim Regierungspräsidenten im Grunde eine Form der Aufgabenkritik gewesen ist, die zu erheblichen Personal- und Personalkosteneinsparungen geführt hat. Das war eine ausgesprochen günstige Maßnahme, die wir hier durchgeführt haben, meine Damen und Herren.

(Zustimmung des Abg. Wendzinski (SPD))

Im übrigen hat sie sich auch in der Sache durchaus bestätigt. Alle Unkenrufe, die es hier gegeben hat, es gebe jetzt Nachteile für die Gymnasien, haben sich nicht bewahrt; es ist alle Welt zufrieden mit dieser Regelung, wie sie erfolgt ist.

(Wendzinski (SPD): So ist es!)

Aber, so groß die Übereinstimmung ist, daß man sich beim Personalhaushalt zurückhalten muß, so sehr widersprüchlich verlaufen dann die Beratungen zum Personalhaushalt, insbesondere, wenn man ihn in die Einzelteile zerlegt. Wenn man ihn in die Einzelteile zerlegt, geht es nach dem Motto: Darf es nicht noch ein bißchen mehr sein? Wenn man aber am Ende das alles wieder zusammenbinden soll, dann hat man Schwierigkeiten. (D)

Ich will noch eines ganz deutlich sagen - Herr Kollege Walsken hat darauf hingewiesen -: Die dritte Runde der Steuerreform wird im nächsten Jahr zu Steuermindereinnahmen führen. Das heißt, der Zuwachs wird geringer sein, und es werden uns über 2 Milliarden DM fehlen. Das schlägt sich auch in der mittelfristigen Finanzplanung des Herrn Stoltenberg nieder.

Wer also unter diesen Voraussetzungen weiterhin Steuererleichterungen predigt und fordert, der kann nicht gleichzeitig entsprechende Erhöhungen im Personalbereich erwarten. Denn wir müssen immerhin berücksichtigen

(Minister Dr. Schnoor)

- (A) sichtigen, daß die Steuersenkung dazu geführt hat, daß die Steuerquote, d. h. der Anteil der Steuer am Bruttosozialprodukt, von 24,6 % im Jahre 1980 auf 23 % im Jahre 1988 gesunken ist.

(Zustimmung bei der CDU)

- Jawohl, klatschen Sie hier! - Das ist der Stand des Jahres 1965, der damit wieder erreicht worden ist. 1965 trugen Sie die Verantwortung. Das laste ich Ihnen nicht an, daß Sie die Verantwortung damals getragen haben. Jedenfalls hatten wir damals im Landeshaushalt rund 200 000 Stellen veranschlagt, jetzt haben wir 136 400 Stellen mehr veranschlagt.

(Schauerte (CDU): Das hat doch mit den Steuereinnahmen nichts zu tun!)

Das müssen Sie fairerweise in einer solchen Situation auch sagen.

Zur konkreten Gestaltung des Personalhaushalts 1990! Auch hier schlägt sich natürlich wie 1989 der Tarifabschluß nieder. Das zeigt sich in mehrfacher Hinsicht.

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Minister, darf ich Sie noch einmal unterbrechen? Herr Dautzenberg möchte noch eine Zwischenfrage stellen.

(Zustimmung des Ministers Dr. Schnoor)

- (B) - Bitte sehr!

Dautzenberg (CDU): Herr Innenminister, würden Sie denn einräumen, daß trotz zurückgehender Steuerquote, die ja implizit ein Wachstum zum Ergebnis hat, auch die Steuereinnahmen von den Beträgen her wiederum steigen und durchaus eine hohe Steuerlastquote bei niedrigerem Bruttosozialprodukt weniger Einnahmen bringt?

Dr. Schnoor, Innenminister (in Vertretung des Finanzministers): Es sind aber auch gleichzeitig die entsprechenden Ausgaben und die Anforderungen an den Haushalt gewachsen. Dem wollen wir doch gemeinsam Rechnung tragen. Ich spreche im Augenblick gar nicht darüber, ob die Steuerlastquote richtig ist; ich stelle sie nur im Verhältnis zum Personalhaushalt dar, meine Damen und Herren. Und bei einer niedrigen Steuerlastquote haben wir uns damals eben nur 200 000 Angehörige des öffentlichen Dienstes leisten können. Jetzt leisten wir uns fast 150 000 zusätzlich, meine Damen und Herren,

- und es ist nach Ihrer Auffassung immer noch nicht ausreichend. (C)

(Bensmann (CDU): Nicht überall, differenzierter bitte!)

- Natürlich, das ist immer die Schwierigkeit, da die richtige Entscheidung zu treffen. Das begreife ich wohl.

(Bensmann (CDU): Streiche Staatskanzlei!)

- Natürlich, streiche acht Stellen bei der Staatskanzlei und stelle gleichzeitig 5 000 Polizeibeamte ein! Das ist eine einfache Rechnung, meine Damen und Herren. Nur, dieses Einmaleins haben Sie nicht in den Schulen gelernt, für die Herr Kollege Schwier die Verantwortung trägt, das müssen Sie vorher gelernt haben, Herr Kollege, denn das geht nur bei Ihnen auf.

(Beifall bei der SPD - Rösenberg (CDU): Gott sei Dank! - Dautzenberg (CDU): Der Kelch ist an uns vorbeigegangen! - Weitere Zurufe von der CDU - Gegenrufe von der SPD)

Lassen Sie mich zum Personalhaushalt zurückkommen!

Wir haben erstens schon 1989 den aufgabenkritischen Stellenabbau ausgesetzt. Daran sollten wir ebenfalls erinnern. Es kam auch aus Ihrem Bereich die Forderung, und zwar im Zusammenhang mit der Aufgabenkritik, daß auch Stellen abgebaut werden sollten; (D)

(Dautzenberg (CDU): Selbstverständlich!)

natürlich nicht nur in der Ministerialverwaltung, denn das bringt doch gar nichts. Das Ganze haben Sie doch in den Zusammenhang mit dem Haushalt und mit der Frage des Staatsverbrauchs gestellt. Dann müssen Sie an die großen Blöcke des Staatsverbrauchs herangehen: an die Polizei, an die Schulen, an die Steuerverwaltung, an die Gerichte. Aber das wollen Sie ja nicht. - Wir wollen es übrigens auch nicht. Also, dies haben wir erst einmal ausgesetzt.

Zweitens haben wir ersatzlos die Stellenbesetzungssperre gestrichen - dafür hat uns jetzt auch Herr Kollege Dorn gelobt -, übrigens als erstes Land der Bundesrepublik. Dies macht ein Volumen von 3 187 Stellen aus. Selbstverständlich sind die Stellen jetzt veranschlagt. Aber sie waren ja mit einem kw-Vermerk versehen, weil sie nach den Schüler-Lehrer-Relationen - es geht hier im

(Minister Dr. Schnoor)

- (A) wesentlich um den Schulbereich - an sich abgebaut werden sollten.

(Dautzenberg (CDU): Die kw-Problematik ist eine besondere!)

- Entschuldigen Sie, ob Bedarf besteht oder nicht, bestimmt zunächst einmal der Gesetzgeber in den Rechtsverordnungen über Schüler-Lehrer-Relationen. Sie waren also ursprünglich nicht vorgesehen. Hier haben wir für mehr Beschäftigung auf Dauer gesorgt; das heißt, wir haben die Stellen gesichert.

Bei den kw-Vermerken haben wir insgesamt 5 346 Stellen gesichert. Dann sind im Haushalt außerdem 4 177 neue Arbeitsplätze geschaffen worden. Wenn ich nur diesen Bereich ansehe, die 4 177 neuen Arbeitsplätze, erweitert das die Arbeitskapazität des Landes erheblich.

Alles zusammen, die dauerhafte Erweiterung der Arbeitskapazität in einem Gesamtumfang von 12 710 Arbeitsplätzen - nachdem der Personalhaushalt 1989 auf ähnliche Weise bereits rund 10 000 neue Arbeitsplätze geschaffen hatte -, läßt sich mit Fug und Recht so darstellen, daß wir sagen: Jawohl, wir sind unseren Verpflichtungen, die wir in den Tarifverhandlungen eingegangen sind, nachgekommen.

- (B) Nun frage ich Sie einmal: Welches andere Land in der Bundesrepublik hat sich hier eigentlich korrekter und besser verhalten? Ich möchte das bitte einmal wissen. Allein durch die neuen Arbeitsplätze - ich nenne jetzt gar nicht die Stellenbesetzungssperre, Herr Kollege Dautzenberg, ich nenne auch gar nicht die kw-Vermerke, sondern nur die neuen Arbeitsplätze in einer Größenordnung von 4 177 Stellen - -

(Zuruf des Abg. Dautzenberg (CDU))

- Also gut. Dabei sind auch Einstellungsermächtigungen, einverstanden. Es stehen aber doch Menschen dahinter. Dadurch haben wir einen Zuwachs an Arbeitsplätzen in einer Größenordnung von 1,2 %. Sie mögen kritisieren, daß dies nicht reiche. Nur wenn Sie sich die anderen Bundesländer anschauen, die alle ihre Haushalt so aufgestellt haben wie wir auch, bei denen auch die Rechnungen so aufgestellt werden, daß man die Einstellungsermächtigungen auch mitzählt, gibt es unter denselben Voraussetzungen bei Bayern einen Zuwachs von 0,4 %, Baden-Württemberg von 0,4 %, Schleswig-Holstein 0,07 %, und bei uns sind es 1,2 %.

Sie mögen das nicht für ausreichend halten. Ich halte es im Grunde für eine beachtliche Leistung dieses Landes. Ich glaube, wenn das kritisiert wird, sieht man den richtigen Wald vor lauter Bäumen nicht. (C)

(Dautzenberg (CDU): Wer steht denn im Wald?)

Jetzt möchte ich das doch im einzelnen einmal verdeutlichen.

Erstens: Der Kapazitätszuwachs durch Wegfall der Besetzungssperre - Volumen 3 187 Stellen - wirkt sich kapazitätssteigernd für alle Aufgabenfelder mit Ausnahme des Schulbereichs aus, der ja die Besetzungssperre nicht gehabt hat.

Zweitens: Die Streichung der kw-Vermerke kommt in erster Linie dem Schulbereich zugute. Das macht rund 5 341 Arbeitsplätze aus.

Dann haben wir 4 177 neue Arbeitsplätze im Personalhaushalt. Sie verteilen sich schwerpunktmäßig wie folgt: nahezu 900 neue Arbeitsplätze in meinem Geschäftsbereich - auf die Details möchte ich jetzt nicht eingehen, wir werden ja nachher noch über den Einzelplan 03 streiten -, davon nicht ganz 800 für den Bereich der inneren Sicherheit, rund 2 200 Arbeitsplätze im Schulbereich, 610 neue Arbeitsplätze im Hochschulbereich und in den Kliniken des Landes. (D)

Über den Schulbereich haben Sie ja besonders gesprochen. Er erfreut sich auch immer besonderer Aufmerksamkeit. Zu Recht, meine Damen und Herren, erfreut er sich besonderer Aufmerksamkeit. Deswegen möchte ich hierzu doch noch etwas sagen.

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Minister, ich möchte Sie noch einmal fragen, ob Sie eine Zwischenfrage zulassen.

Dr. Schnoor, Innenminister: Meine Redezeit ist zu Ende, Herr Kollege Dorn. Fairerweise muß ich noch auf das Thema Schulaufsicht eingehen. Deswegen bitte ich, mir das zu erlassen.

Ich erspare mir deshalb, die Einzelheiten für den Kulturbereich auszuführen. Ich möchte jedoch einige Bemerkungen zur Frage der Schulaufsicht machen, damit wir, wenn es einen Disput gibt, ihn offen austragen können, Herr Kollege Dorn. Darauf lege ich Wert.

(Dorn (F.D.P.): Einverstanden!)

(Minister Dr. Schnoor)

- (A) Die Entscheidung des Parlaments, die hier über den Zuwachs von den A-16-Stellen in meinem Geschäftsbereich getroffen worden ist, hat für mich natürlich ein besonderes Gewicht, und zwar weil sie das Parlament hier getroffen hat. Die Regierung hatte keine Anträge gestellt, sondern im Verlaufe der Beratung ist das so beschlossen worden. Es bedeutet - wenn ich es zutreffend im Kopf habe - ungefähr 31 zusätzliche A-16-Stellen oder A-16-Hebungen im Bereich der Schulaufsicht für Gymnasien, ungefähr 5 für Grund- und Hauptschulen und ungefähr dieselbe Größenordnung für den Bereich Sport und Weiterbildung.

Mir macht das in mehrfacher Hinsicht sehr zu schaffen. Ich verheimliche gar nicht, daß es in dieser Frage seit langer Zeit Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Kultusminister und dem Innenminister gibt.

(Zuruf des Abg. Dautzenberg (CDU))

Ich habe bei meinem eigenen Haushalt immer meine eigene Auffassung vertreten, wie es guter Brauch ist. Ich kann nichts dazu, daß das Parlament der Auffassung des Kultusministers bei meinem Haushalt folgt. Ich bedauere das zutiefst. Ich muß es aber akzeptieren.

Jetzt sage ich Ihnen, warum ich hier anderer Meinung bin. Ich bitte, mir abzunehmen, daß ich hier wirkliche, sachliche Gründe habe. Sehen Sie folgendes:

(B)

Wir haben im Bereich der Regierungspräsidenten mit den rund 40 Stellen jetzt 174 Beförderungsmöglichkeiten nach A 16 in der Schulaufsicht im Schulbereich und außerhalb der Schulaufsicht 65. Unter den 65 Stellen befindet sich auch noch der große technische Bereich. Im Bereich der Polizei habe ich 5 Stellen, bei der Schulaufsicht 174. Dies alleine schon führt zu einer solchen Unzulässigkeit bei den Bezirksregierungen.

Ich bitte, mir dies abzunehmen, daß, wenn es nicht möglich ist, nach den Stellenrelationen, wie sie bundesweit festgesetzt sind - sie werden ja nicht von uns festgesetzt, sondern wir sind hier an Bundesrecht gebunden -, tüchtige Beamte im Bereich des Umweltschutzes, die schwere Lasten zu tragen haben, nach A 16 zu befördern, weil mir dies rechtlich nicht gegeben ist, es mich dann belastet, wenn im Bereich der Schulaufsicht über 170 solcher Möglichkeiten vorhanden sind.

Ich war bereit, es im wesentlichen hinzunehmen. Aber was mich besonders drückt

- und da bitte ich Sie noch einmal Ihre Auffassung zu überprüfen -: daß wir jetzt über den Kernbereich der Schulaufsicht hinausgehen in die Bereiche Sport und Weiterbildung. Ich sage Ihnen: Dies wird dazu führen, daß wir im Ergebnis die gesamte Schulabteilung der Regierungen nach A 16 bekommen, und das ist nicht zuträglich, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bitte das einfach zu verstehen. (C)

(Zustimmung bei der SPD)

Deswegen sage ich Ihnen auch, Kolleginnen und Kollegen - ich darf Sie einmal so ansprechen -: Bitte bestreiten Sie mir nicht meine Verantwortung! Sie haben die Verantwortung für den Haushalt; ich akzeptiere das voll. Für mich ist es eine Belastung, mit einem Haushalt leben zu müssen, den ich nicht gern voll ausschöpfen möchte. Ich verstehe Sie sehr gut auch mit Ihrer Kritik, Herr Kollege Dorn. Aber es ist doch ein Unterschied, ob der Gesetzgeber einen Haushalt beschließt, ob er möglicherweise in einem Besoldungsgesetz sagt, die Schulaufsichtsbeamten kommen alle nach A 16 - selbstverständlich; ich würde kein Wort dazu sagen -,

(Zuruf des Abg. Bensmann (CDU))

- oder ob er mich lediglich ermächtigt, Beamte nach A 16 zu bringen. Ich sage noch einmal, Herr Kollege Dorn, ich bin bereit, aufgrund meiner Verantwortung die über 30 Stellen, die es hier gibt, soweit es sich um die Dezernate Gymnasien, Grund- und Hauptschulen handelt, so zu akzeptieren. Aber es bedrückt mich außerordentlich, wenn ich darüber hinausgehe, aber andererseits nicht in der Lage bin, auch einen Beamten, der Wasserschutzzone oder so etwas festlegen muß und ein Riesenarbeitspaket hat, nach A 16 zu bringen. (D)

(Wendzinski (SPD): Herr Minister, die Ausführung liegt doch bei Ihnen!)

- Ja, sicher, nur ist das gerade bestritten worden. Mir ist ja gerade mein Recht bestritten worden, den Haushalt auszuführen. Herr Dorn hat das ja so ungefähr als einen Konflikt mit dem Parlament dargestellt. Ich möchte im Grunde nur darstellen, daß er mir doch meine Verantwortung bitte nicht streitig machen darf.

(Zustimmung des Abg. Wendzinski (SPD))

(A) Vizepräsident Dr. Klose: Herr Minister, wollen Sie noch eine Frage beantworten?

(Minister Dr. Schnoor: Ja, gerne.)

Herr Kollege Dautzenberg, bitte schön!

Dautzenberg (CDU): Herr Innenminister, da Sie über diese Einzelheiten geredet haben, bei denen es um die Interessen bei Einzelplan 03 geht - würden Sie denn zur Kenntnis nehmen, daß in Ihrer eigenen Vorlage an die Arbeitsgruppe oder den Haushalts- und Finanzausschuß Sie selbst schon eine Schlüsselung für diese Stellen angeben, die Sie selber erwähnt und einer kritischen Prüfung unterzogen haben? Wenn wir eine Schlüsselung von 40 : 60 % gerade für Hauptschulen und Grundschulen beschlossen haben, ist das doch ein gangbarer Weg. Dann können Sie doch nicht feststellen: "Ich wehre mich dagegen, daß die Hauptschulaufsicht insgesamt nach A 16 besoldet wird." Das entspricht doch nicht den Tatsachen!

Dr. Schnoor, Innenminister: Nein, Herr Kollege Dautzenberg, da haben wir uns höchstwahrscheinlich mißverstanden. Ich sage Ihnen, wie das gelaufen ist. Ich habe gesagt, ich bin zu einem Kompromiß bereit. Ich bin bereit, alle - auch die, die in der Schulaufsicht Gymnasien sind - nach A 16 zu bringen, und ich bin auch bereit, zusätzliche A-16-Stellen für die Aufsicht über die Grund- und Hauptschulen vorzusehen, und zwar in einer Größenordnung, damit - wie Sie sagen - alle nach A 16 kommen können. Einverstanden! Obwohl ich diese Chance in keinem anderen Dezernat der Bezirksregierung habe - nirgends habe ich sie! Ich habe sie auch nicht bei der Polizei. Bitte, überlegen Sie einmal, was das bedeuten würde: A-16-Stellen in der Polizei; davon träumt man überhaupt bei der Polizei, meine Damen und Herren! Und hier schafft man mit einem Federstrich 40 A-16-Stellen. Um welche Stellenhebungen muß ich sonst kämpfen! Ich war aber bereit, das zum Teil hinzunehmen.

Da ging es nur noch um einen Punkt, nämlich um den Bereich Sport und Weiterbildung. Hier wollte ich nicht den Schritt in diese Dezernate tun, damit nicht der Eindruck erweckt wird, jetzt wird die ganze Schulabteilung nach A 16 gebracht. Das hat nicht etwa mit meiner Einstellung zur Schulaufsicht zu tun, meine Damen und Herren, sondern es hat etwas mit Arbeitsfrieden in einer Behörde zu tun. Die Beamten, die im Umweltschutz und in ähnlichen Bereichen tätig sind, haben es weiß Gott nicht leicht.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kultusminister, bitte schön! (C)

Schwier, Kultusminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Keine Sorge, ich werde diesen Streit nicht fortführen. Ich bitte nur um Verständnis dafür, daß es natürlich für den Kultusminister wichtig ist, in der Schulaufsicht Frauen und Männer zu haben, die zuvor im Unterricht und in der Leitung einer Schule, möglicherweise auch in der unteren Schulaufsicht, Erfahrung gesammelt haben. Da ist es nun einmal so, daß unsere Lehrer lieb und teuer sind. Sie sind die am besten ausgebildeten in der EG, und sie werden auch am höchsten bezahlt.

Ich möchte noch zu einem Punkt Stellung nehmen. Der Kultusminister hat ja die höchste Personalkostenquote des Landeshaushaltes - im Haushalt 1990 werden es 9,135 Milliarden DM sein, ohne die Schulen in privater Trägerschaft, von denen wir, wie Sie ja wissen, mindestens auch die Personalkosten zu tragen haben, so daß man sagen kann: Die Besoldung der Lehrerinnen und Lehrer in Nordrhein-Westfalen kostet im Jahre 1990 mehr als 10 Milliarden DM.

Der Kultusminister könnte ja froh sein, wenn er von der Opposition hier immer hört, er bräuchte noch mehr. Nur hat er ein paar Jahre Erfahrung und weiß, daß Sie im einzelnen immer mehr Personal fordern, am Ende aber sagen, die Personalkosten insgesamt seien absolut zu hoch. Nehmen Sie das bitte einmal ernst! Sie können zehnmal die Staatskanzlei auflösen, dann decken Sie nicht die Personalkosten Ihrer Zusatzanträge! Aber selbst wenn Sie es könnten, könnten Sie sie selbst nur einmal auflösen. Das hat nicht einmal etwas mit Rechnen zu tun, das ist ein ganz schlichtes Denken. (D)

(Dautzenberg (CDU): Die bestehen auch 20 Jahre!)

Ich möchte jetzt aber zu einem Punkt Stellung nehmen, der hier wieder eine Rolle gespielt hat, nämlich die Frage der Aufstockung für die Religionslehrer.

(Schauerte (CDU): Ja, da haben Sie sich ein Stück geleistet!)

Da tun Sie so, als ob das etwas mit dem Umfang des Religionsunterrichtes zu tun hätte.

(Bensmann (CDU): Hat es!)

- Absolut falsch! Genau das Gegenteil ist der Fall. Diese Lehrerinnen und Lehrer, die wir

(Minister Schwier)

- (A) nur für Religionsunterricht eingestellt haben, haben wir deswegen nicht mit voller Stundenzahl beschäftigt, weil erstens zu Anfang gar keine Stellen, sondern nur Geld da war, und zweitens, weil keinem Menschen normalerweise oder gar auf Dauer zuzumuten ist, 24, 26 oder 27 Stunden Religion pro Woche zu erteilen. Deswegen sind sie teilzeitbeschäftigt auf Dauer. Das, worum es hier geht, ist die Aufstockung mit ihrem zweiten Fach, nicht mit ihrem ersten!

Wir werden folgendes tun.

(Dautzenberg (CDU): Erst mal weiter mit Religion!)

- Entschuldigen Sie, ich kenne mich ein bißchen aus, ich mache das schon ein paar Jahre. - Wir werden sie auf volle Stellen aufstocken und ihnen zumuten, mindestens noch ein Jahr voll Religionsunterricht zu erteilen.

(Zustimmung des Abg. Dautzenberg (CDU))

Aber das Ziel dieser Leute ist es doch, mit ihrem zweiten Fach auch beschäftigt zu werden. Wenn dieses zweite Fach aber ein Mangelfach gewesen wäre, dann hätten sie sich in den letzten Jahren - und könnten dies auch 1990 - auf eine ganz normale Stelle bewerben und hätten auch eingestellt werden können. Es geht hier nicht um irgendwelche Kleinkariertheiten, sondern um die Frage: Wofür ist die Schule eigentlich da? Da sage ich: für Schüler und deren Unterricht, und erst in zweiter Linie für die Beschäftigung von Lehrerinnen und Lehrern!

- (B)

(Dautzenberg (CDU): Auch Religionslehrer!)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Minister, erlauben Sie eine Zwischenfrage?

(Minister Schwier: Ja.)

- Bitte schön!

Schauerte (CDU): Herr Kultusminister, was Sie gerade ausgeführt haben, ist uns völlig klar, und da stimmen wir überein. Die Frage ist aber: Warum machen Sie das alles nicht im kommenden Jahr, sondern schieben das insgesamt drei Jahre vor sich her?

Schwier, Kultusminister: Weil wir sparsam mit dem Geld umgehen

(Widerspruch bei der CDU)

- ja natürlich - und weil ich gesagt habe: Ich kann die 170 erforderlichen Stellen nicht aus dem Kontingent nehmen, aus dem ich den fachlichen Bedarf zu befriedigen habe, nämlich jene Leute, die mit dem zweiten Fach leider nicht bedient werden können. Wenn ich es könnte, könnten sie überwechseln. (C)

(Zuruf von der CDU: Aber 250 neue Gesamtschullehrer!)

- Entschuldigen Sie, daß der Bedarf an Gesamtschullehrern weit über 1 000 beträgt und daß Ihre Rechnung immer außer acht läßt, daß eine Tagesschule oder Ganztagschule - egal, welchen Namen sie trägt und welcher Schulform sie angehört - automatisch 20 % mehr bekommt, wissen wir doch!

Meine Damen und Herren! Auch für Gesamtschulen werden nur Leute eingestellt, die Mangelfächer haben. Diese kann ich durch Versetzung aus anderen Schulformen überhaupt nicht gewinnen. Bitte nehmen Sie das doch zur Kenntnis!

(Beifall bei der SPD - Widerspruch von der CDU)

Vizepräsident Dr. Klose: Meine Damen und Herren! Es gibt keine weiteren Wortmeldungen zu den Stellenplänen mehr. Die Beratungen hierzu sind damit abgeschlossen.

Ich rufe nun auf:

3. Einzelplan 03: Innenminister (D)

Ich verweise auf die vorliegenden Änderungsanträge der CDU auf Drucksache 10/4981 sowie auf die Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 10/4903 und eröffne die Beratungen. Ums Wort hat Herr Abg. Frechen gebeten. - Herr Kollege Frechen, nach der Vereinbarung ist zunächst Herr Kollege Paus an der Reihe. Ich erteile ihm das Wort.

Paus (CDU): Herr Präsident, vielen Dank! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir diskutieren über den letzten Haushalt dieser Legislaturperiode, den - und dafür kämpfen wir - hoffentlich letzten Haushaltsentwurf dieser Landesregierung.

(Wendzinski (SPD): Das wird ein Traum bleiben, wie alle Jahre zuvor auch!)

Dies gibt uns Anlaß, Herr Kollege Wendzinski, eine Bilanz der Arbeit der Landesregierung zu ziehen. Die Bilanz ist gerade